



Landesjagdverband
Hessen e. V.



Jagdverein
Rheingau e. V.

ROT- UND MUFFELWILDHEGEGEMEINSCHAFT HINTERLANDSWALD

Jagdverein Rheingau e. V. • Weidenbornstr. 8 a • Wiesbaden

Positionspapier der Jägerschaft

Bedenken zum Naturschutzgroßprojekt Wispertaunus

Aus Sicht des Landesjagdverbandes Hessen als anerkanntem Naturschutzschutzverband, des Jagdvereins Rheingau und der betroffenen Rot- und Muffelwildhegegemeinschaft Hinterlandswald ergeben sich erhebliche Zweifel an der Sinnhaftigkeit des Naturschutzgroßprojektes Wispertaunus – sowohl aus naturschutzfachlicher, klimapolitischer als auch aus wirtschaftlicher und kommunalpolitischer Sicht.

Warum wir das Projekt ablehnen:

- **Kein erkennbarer naturschutzfachlicher und damit ökologischer Mehrwert:**
Die betroffenen Gebiete sind bereits heute reich an Artenvielfalt. Wildkatze, Schwarzstorch, Bechsteinfledermaus und Feuersalamander sind dort in stabilen Populationen heimisch. Diese und andere Arten leben dort seit Jahrzehnten oder sogar Jahrhunderten und profitieren sowohl von der wechselseitigen Beziehung zwischen Wald- und Forstgeschichte und Artenvielfalt als auch bereits existierenden Schutzmaßnahmen vor Ort.
- **Gefährdung kommunaler Vermögenswerte:**
Die Gemeinden sollen Nutzungsrechte an wertvollen Wirtschaftswaldflächen „auf immer und ewig“ abtreten. Das kann bedeuten:
 - Kein Einschlag mehr – keine Einnahmen aus der Forstwirtschaft.
 - Keine oder reduzierte Jagdpacht – damit auch hier langfristige Einnahmeverluste.

Landesjagdverband Hessen e.V.

Am Römerkastell 9
61231 Bad Nauheim

info@ljv-hessen.de

www.ljv-hessen.de

Jagdverein Rheingau e.V.

Weidenbornstr. 8 a
65189 Wiesbaden

l.vorsitzender@jagdverein-rheingau.de

www.jagdverein-rheingau.de

Rot- und Muffelwildhegegemeinschaft

Hinterlandswald

Am Abtwald 19 b

65366 Geisenheim-Johannisberg

l.vorsitzender@rwhg-hlw.de

www.rwhg-hlw.de

- Die volle Verkehrssicherungspflicht bleibt jedoch bei den Kommunen, ebenso weitere fixe Kosten.
 - Die Planungen sehen einen beträchtlichen Rückbau der Waldwege vor. Der Zugang für Waldbesucher, Brennholzinteressierte, ggf. Feuerwehr und Rettungsdienste sowie für die Jagdausübung wird dadurch empfindlich eingeschränkt.
 - Grundstücke verlieren massiv an Marktwert, sind faktisch unverkäuflich und können das Gemeindevermögen enorm schmälern.
 - Von Seiten der Kommunalaufsicht dürfte das Projekt nicht gebilligt werden.
- **Verschleierung des Eigentumsübergangs:**
Es steht im Raum, dass sämtliche Nutzungsrechte an den betroffenen kommunalen Flächen an die ZGF und/oder die NABU-Stiftung Nationales Naturerbe übertragen werden sollen. Dazu liegen widersprüchliche Angaben vor.
 - **Erhebliche Folgekosten und Verwaltungsaufwand:**
Eine neue, dauerhafte Projektstruktur könnte langfristig Ressourcen binden – Verwaltung, Kontrolle, Bürokratie, ständige Abstimmungsprozesse – alles ohne klaren Nutzen für Natur und Kommune.
 - **Ausschluss Betroffener bei Entscheidungen:**
Jagdausübungsberechtigte und Grundstückseigentümer, die direkt betroffen wären, könnten künftig an Entscheidungsfindungen, z. B. über die Abschusspläne, nach den vorliegenden Informationen nicht mehr beteiligt werden. Auf den Flächen wird es keine Jagd, nur noch ein „Wildtiermanagement“ geben. Dies führt einerseits zu „Inseln“ im Wald, in denen sich das Schalenwild zurückzieht.

So können gefährliche Reservoirs z. B. auch für überhöhte Schwarzwildbestände entstehen, die insbesondere jetzt in Zeiten der Afrikanischen Schweinepest (ASP) ein hohes Gefahrenpotenzial bieten.

- Denn in den Gebieten dürfte dann voraussichtlich nur nach Vorgaben der Projektleitung in wenigen Intervallen oder im Rahmen einer jährlichen Drückjagd gejagt werden.

Das Projekt verschlingt **rund 16 Millionen Euro** an Steuergeldern – für ein fragwürdiges Ergebnis. Wo ist hier der verantwortungsvolle Umgang mit öffentlichen Mitteln?

Unsere klare Bitte:

Hinterfragen Sie dieses Projekt. Prüfen Sie, wem es wirklich nutzt – und wem es dauerhaft schadet.

Fragen Sie sich: Würden Sie einem fremden Dritten ein lebenslanges Nutzungsrecht an Ihrem Haus einräumen und damit einen enormen Wertverlust oder die Unverkäuflichkeit hinnehmen?

Die Jägerschaft und die Forstwirtschaft stehen seit Generationen für einen praktischen, nachhaltigen Naturschutz, der wirkt – mit Augenmaß und Verantwortung.

Was wir nicht brauchen, ist ein übergestülptes Verwaltungsprojekt, das unsere Natur nicht besser schützt, sondern nur unsere Gemeinden schwächt.